

In der Mitte des Platzes brennt ein Scheiterhaufen, bestimmt, den Keger aufzunehmen, wenn er sich weigern sollte, seine Irrlehren zu widerrufen.

Man schleppt den Frevler herbei. Man hängt den Keger an den Händen auf und bindet schwere Bleigewichte an seine Füße. Die Sehen drohen zu zerpringen, aber dennoch schreit der Gequälte nur: „Ich widerrufe nicht! Ich gestehe nicht! Ich gebe nicht nach! . . .“

Man setzt den Keger auf den Marterstuhl. Die langen, spitzen Nägel wühlen sich ins Fleisch. Aber nur noch mit festerer Stimme, mit noch größerem Trotz protestiert der Gepeinigte. Er schleudert seine Anklagen gegen die Folterknechte und gegen das Volk, das ringsum steht, das die Straßen füllt und die Fenster und Dächer der Häuser dicht belagert und schweigend das Schauspiel beobachtet.

Vergeblich brennt man das Opfer mit glühenden Zangen. Es wird nicht gefügig. Es schwört nicht ab und gibt nichts zu.

Der Kardinal, der Groß-Inquisitor, der auf Befehl des Papstes selbst hergereist kam, um die Irrlehren mit den Wurzeln auszurotten, wird ungeduldig; er weiß nicht mehr, was er mit dem Unbeugbaren beginnen soll. Ein freiwilliges Losgehen vom Kegerglauben, eine freiwillige Unterwerfung wäre ihm das angenehmste. Dadurch bliebe ihm erspart, das letzte Mittel anzuwenden: das Verbrennen des Kegers auf dem Scheiterhaufen. Dieses letzte Mittel besißt nämlich, wie der Kardinal weiß, in den Reihen der Oberen wenig Zuneigung.

Auf dem Balkon des Rathauses, wo er, bekleidet mit dem roten Inquisitorgewande, Platz genommen hat, läßt der Kardinal die Henker kommen. Durch sie läßt er dem Beschuldigten, dessen Geschlecht und sogar der ganzen Stadt ewige Vergebung zusichern, für den Fall, daß er widerruft.

Mit Geringschätzung nimmt der Märtyrer die Nachricht entgegen.

Die Geduld des Kardinals ist erschöpft.

In wütendem Zorn befiehlt er, dem Starrsinnigen die linke Hand abzuschlagen.

Trotzig streckt darauf der also Verstümmelte auch seine rechte Hand hin.

Und je größer die Qualen des Gefolterten, je entsetzlicher seine Leiden, umso lauter erdröhnt seine Proteststimme. Sie braust durch die Straßen, sie dringt durch die Wände der Gebäude, und sie ist noch weit hinter der Stadtmauer zu vernehmen. . . .

Schweiß perlt auf der Stirn des Kardinals. Er hat Befehl, den Keger zu zwingen. Wenn nun aber alles erfolglos bleibt? Dem Inquisitor droht Ungnade bei dem Heiligen Vater und beim Kollegium der Kardinal.

„Woher die unnatürliche Kraft?“ wendet er sich an seine Umgebung. Niemand weiß Antwort zu geben; alle anderen hatten bisher gestanden, sobald sie der Folter unterworfen wurden.

Da tritt der Hofnar, den der Kardinal immer mit sich führt, aus dem Hintergrund und bittet um die Erlaubnis, sprechen zu dürfen.

„Rede!“ befiehlt der Kardinal.

„Verstopfen Sie dem Widerspenstigen den Mund. Das Schreien erleichtert die Leiden. Sie verdoppeln seine Pein, wenn Sie ihm die Möglichkeit zum Schreien nehmen.“

„Ein närrischer Rat! Wenn wir ihm den Mund schließen, dann wird er seine Sünde nicht bekennen, wird er seine Irrlehren nicht widerrufen können.“

„Schweigen heißt gestehen!“

„Du bist gescheit, Narr“, rief freudig der Groß-Inquisitor,

„Dein Rat ist genial!“

Der Rat des Narren wird sofort ausgeführt. Der Mund-

schlüssel ist angelegt und die Enden des Strickes sind in einen Knoten im Nacken des Delinquenten festgeknapft.

Und ob man den Keger jetzt an das Gerüst hängt, ob man ihn auf den Marterstuhl setzt und ihn mit glühenden Zangen brennt — er schweigt.

Als aber das Volk seine Stimme nicht mehr vernimmt, schreckt es plötzlich aus seiner Gleichgültigkeit empor und beginnt selbst zu schreien. Von dem Platz, auf den Straßen, aus den Fenstern und von den Dächern der Häuser ertönt ein vereinter, gewaltiger Schrei, der alles erzitternd macht: „Widerrufe nicht! Gib nicht nach! Gesteh nicht!“

Und er gestand nicht. Zwar wurde er zum Schweigen gezwungen, doch das Schreien des Volkes erleichterte ihm seine Qualen und gab ihm Mut.

Er starb unter den Händen der Henker.

Und nun erschütterte ein Donnerschrei, ein Schrei des Jubels die Luft: „Er hat nicht widerrufen! Er hat nicht gestanden! Nicht nachgegeben hat er!“

In sinnloser Wut rauft sich der Kardinal das Haar.

Der Narr aber lacht schadenfroh: Das war sein Rat, der das ganze Volk zwang, die Stimme zu erheben, weil man einen zum Schweigen brachte. . . .

Sesefrüchte.

Im Innern der Staaten selbst, wo die Menschen zur Gleichheit unter dem Geleze vereint zu sein scheinen, ist es großen Teils noch immer Gewalt und List, was unter dem ehrwürdigen Namen des Gesetzes herrscht; hier wird der Krieg umso schändlicher geführt, weil er sich nicht als Krieg ankündigt, und dem Befehlenden sogar den Vorwurf raubt, sich gegen ungerechte Gewalt zu verteidigen. Kleinere Verbindungen freuen sich laut der Unwissenheit, der Torheit, des Lasters und des Elends, in welche die größeren Haufen ihrer Mitbürger versunken sind, machen es sich offen zum angelegentlichsten Zwecke, sie darin zu erhalten, und sie tiefer hineinzustürzen, damit sie dieselben ewig zu Sklaven behalten; — und jeden zu verderben, der es wagen sollte, sie zu erleuchten und zu verbessern.

„Des Menschen grausamster Feind ist der Mensch. Noch durchziehen gefesselte Herden von Wilden ungeheuerer Wüstenen; sie begegnen sich in der Wüste und werden einander zur festlichen Speise; oder, wo die Kultur die wilden Haufen endlich unter das Geleze zu Völkern vereinigte, greifen die Völker einander an mit der Macht, die ihnen die Vereinigung gab und das Geleze. Den Mühseligkeiten und dem Mangel trotzend, durchziehen die Heere friedlich Wald und Feld; sie erblicken einander, und der Anblick von ihresgleichen ist des Mordes Lösung. Mit dem Häxten, was der menschliche Verstand eronnen, ausgerüstet, durchschneiden die Kriegsschiffe den Ozean durch Sturm und Wellen, hindurch drängen sich Menschen, um auf der einsamsten unwirtbaren Fläche Menschen zu suchen; sie finden sie, und trotz der Wut der Elemente, um mit eigener Hand sie zu vertilgen.“

Aphorismen.

Eben die Religion, welche Demut, Menschenliebe und Geduld lehrt, setzte sich mit Feuer und Schwert fest. Die Diener der Altäre, welche Heiligkeit und Armut zum Lose haben sollten, führen ein ärgerliches Leben; sie erwarben sich Reichtümer, wurden ehrfurchtig, und einige von ihnen sogar mächtige Fürsten. Der Papst, der ursprünglich von den Kaisern abhing, machte sich Macht an, diese ein- und abzusetzen, er bligte mit dem Bannstrahl, belegte Königreiche mit dem Interdikt und ging so ungeheuer weit, daß endlich die Welt auf irgendeine Art gegen so viele Mißbräuche sich empören mußte.

Eine Gesellschaft kann nicht ohne Gesetze, aber wohl ohne (positive) Religion bestehen.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 23

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Nummendorferstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 9. Juni 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Ueber die Bedeutung einer linksradikalen Partei	Seite 173
Stockholm-Illusionen	174
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. Von M. Bronski (Schluß)	175
Zur Frage des Parlamentarismus	177
Erklärung	177
Feuilleton:	
Verbrechen und Todesstrafe. Von Elisee Reclus	179
Sacta alea est! Von G. Herwegh	180

Ueber die Bedeutung einer linksradikalen Partei.

Die Gruppe „Internationale“ verzichtete auf die Gründung einer linksradikalen Partei. Sie hat es jetzt leicht, über die Bestrebungen der Bremer, Hamburger und Berliner Gruppen zu spotten. Sie weiß sehr wohl, daß aus drei oder einem halben Duzend Ortsgruppen noch keine Partei gebildet werden kann. Sie muß aber ebensogut wissen, daß, um im Sinne der linksradikalen Taktik tätig sein zu können, schon eine einzige Ortsgruppe genügen kann. Wir brauchen sie nur an ihren eigenen Anfänge zu erinnern. Die Gruppe Internationale hat es zwar verstanden, ihre Anhängerschaft aus weiten, wenn auch längst nicht allen Teilen des Reiches an sich zu ziehen. Sie hat organisatorisch, den Verhältnissen entsprechend, gut gearbeitet. Sie hat sich in der Berliner Leitung eine Art Parteivorstand geschaffen, dessen Wille einstweilen für die ganze Gruppe maßgebend ist. Sie hat eine ausgesprochene Führerbewegung wieder ins Leben gerufen, die sich von der alten Bewegung nur dadurch unterscheidet, daß sie ihre Taktik auf ein anderes Ziel lenkt.

Und gerade ihre Eigentümlichkeit als Führerbewegung hat die Gruppe Internationale in erster Linie bewogen, in Gotha auf die Selbständigkeit zu verzichten und sich der Partei der Unabhängigen anzuschließen. Man fürchtete, die Führer zu verlieren, und man hielt damit die neue Partei und die ganze Bewegung für verloren. Nun ist es zwar ein etwas sonderbarer Widerspruch, von den Arbeitsgemeinschaften zu verlangen, die Besten zu spielen, die in den Riß der Zeit zu springen haben, selbst aber hinter wohlbesetzten Türen zu sitzen, und den heiligen Synod vor Feuer und Licht zu bewahren, damit ihm nur ja kein Schaden geschieht. Allein das ist nicht das Entscheidende an dieser hochweisen diplomatischen Taktik. Diese von der Gruppe Inter-

nationale verbreitete Auffassung von der Bedeutung des Führertums unterscheidet sich in nichts von der Auffassung der alten Partei über diese Frage und sie widerspricht in allem der Auffassung der Linksradikalen über die Massenaktionen.

Entweder man bekennt sich zu der Taktik der Massenaktionen — dann kann man ihr Wohl und Wehe unmöglich von dem Wohl und Wehe einiger Führer abhängig machen. Oder aber, man teilt den Standpunkt der Gruppe Internationale in der Führerfrage — dann erkennt man das Wesen der Massenaktionen. Und uns will scheinen, daß sich die Berliner Leitung — es ist allgemach üblich geworden, sie als die Gruppe Internationale zu bezeichnen — gerade in diesem Punkte erhebliches geleistet habe. Sie ist, wie die alte Partei, der Meinung, daß nur große organisierte Massen die Massenaktionen bewerkstelligen können. Sie sieht nicht, daß die neuen Organisationen nur aus diesen Aktionen selbst geboren werden können. Jede Parteibildung auf der alten Grundlage der bloßen Organisationstätigkeit, ohne den Kampf, könnte nur zu einer verschlechterten Auflage der alten Organisationen führen. Und keinem andern Zwecke hätte die neue linksradikale Partei dienen können, als dem des offenen Kampfes. Darin allein lag und liegt in aller Zukunft ihre Bedeutung.

Indem wir die Gründung der eigenen Partei propagierten, waren wir uns der Konsequenzen für die äußeren Formen dieser Partei in vollem Umfange bewußt; aber wir wußten auch die Wirkung einzuschätzen, die der Kampf der Partei selbst sowohl, als auch vor allem der Kampf gegen sie auslösen mußten. Und wir wußten, daß in diesen Kämpfen die Führer der Bewegung sich immer wieder neu bilden, sich aus der Bewegung selbst immer wieder ergänzen würden. Indem die Gruppe Internationale die ganze Bewegung auf die einmal vorhandenen „Führer“ stellt, die freilich auf diese Bezeichnung im Ernste nicht eher Anspruch erheben können, bis sie sich im Kampfe erprobt haben, zieht sie in den Massen wieder die alte Auffassung von der Führerrolle groß, lähmt sie das Vertrauen der Massen in ihre eigene Kraft. Darum ist das Verhalten der Gruppe Internationale in seinem innersten Kern konterrevolutionär.

Allein, es besteht noch ein bemerkenswerter Widerspruch zwischen dem Verzicht der Gruppe Internationale auf die Gründung einer eigenen Partei und ihrer ganzen bisherigen positiven Tätigkeit und Agitation. Diese Tätigkeit ging von der Auffassung aus, daß die objektiven Verhältnisse die Arbeiterschaft für die neue Taktik reif

machen werden, ja, daß diese Reise schon jetzt einen so hohen Grad erreicht habe, daß die neue Taktik in der Arbeiterschaft auf allgemeines Verständnis stoßen werde. Es ist zwar bekannt, daß gerade diese Auffassung in den Reihen der Gruppe Internationale selbst dem größten Widerspruch begegnet ist und daß es nicht die schlechtesten unter ihren Anhängern waren, die in dieser Auffassung eine Art Revolutionsromantik sahen und sie insolge dessen ablehnten. Jedenfalls aber sind die führenden Elemente der Gruppe auf diese Weise nicht selten aufs äußerste exponiert worden, und noch die allerjüngste Vergangenheit hat die Wirkung dieser schematisch verallgemeinerten Taktik in einer der Berliner Leitung besonders nahestehenden Mitgliedschaft offenbart. Sehr zum Verdruss der Mitgliedschaft selbst. Der Widerspruch nun besteht einmal darin, daß auf der einen Seite die Sorge um die Führer so groß ist, daß man sie nicht exponieren möchte; daß auf der anderen Seite aber diese selben Führer unausgesetzt exponiert werden.

Der Widerspruch besteht zum andern aber darin, daß auf der einen Seite mit der Reise der Arbeiterschaft für die neue Taktik gerechnet wird, daß ihr auf der andern Seite aber nicht die Fähigkeit zugetraut wird, eine eigene linksradikale Kampfpartei in dieser oder jener Form zu bilden. Die Gruppe „Internationale“ hat, indem sie sich in diese Widersprüche verstrickte, bekundet, daß sie einen Gegensatz zwischen Partei und Bewegung erblickt. Für sie ist die Partei das Rekrutierungsfeld und ein gewisser Schutz nach außen hin. Die Bewegung aber spielt sich außerhalb der Partei ab. Für uns sind Partei und Bewegung ein und dasselbe. Die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei wäre nur ein anderer Ausdruck gewesen für den politischen Reifegrad der deutschen Arbeiterklasse und für ihren Willen zum Kampfe um den Sozialismus. Die neue Partei selbst aber hätte die Avantgarde in diesem Kampfe gebildet.

Wenn es nun nicht zur Bildung der selbständigen Partei gekommen ist, so hat das letzten Endes seinen Grund darin, daß die deutsche Arbeiterklasse in ihrem jetzigen Zustande noch nicht fähig ist, eine eigene proletarische Politik zu treiben. Nur einige wenige Gruppen sind fähig und willens dazu. Sie haben sich denn auch folgerichtig von dem Zusammenschluß mit dem Parteizentrum, dessen Politik sie immer wieder zu Zugeständnissen an das Bürgertum und vor allem zum Verzicht auf den eigenen, selbständigen Kampf zwingen mußte, ferngehalten. So entspringt die Taktik der Gruppe Internationale, diese Neuaufgabe der Rautskyschen Cunctatortaktik, objektiven Verhältnissen. Und es wird nur eine Frage der Zeit sein, wann die entschiedene Opposition in Deutschland auf breiterer Basis den eigenen Kampf führen und damit die Notwendigkeit der eigenen Parteigründung einsehen wird.

Vom Standpunkt der Massenaktionen ist die eigene linksradikale Partei eine unbedingte Notwendigkeit. Wie gewaltig ihre Bedeutung in Zeiten großer Umwälzungen ist, lehrt nichts so eindringlich, wie die Geschichte der der französischen Revolution. Wir werden in einem späteren Artikel noch auf die Parteiverhältnisse in den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit zurückkommen. Für heute nur soviel, daß in revolutionären Zeiten die verschiedenen Klassen und Schichten der

Gesellschaft ihre Interessen mit äußerster Rücksichtslosigkeit vertreten und es für den Fortgang der Bewegung von größter Bedeutung, ob diese Interessenvertretung sich erst im Verlauf der Bewegung selbst herausbilden und die Bewegung so durch fortgesetzte Spaltungen und innere Kämpfe lähmen muß, oder ob sie sich schon vor Beginn der Bewegung in möglichster Klarheit entwickelt haben. Die gegenwärtige russische Revolution zeigt in dem Vorhandensein der Bolschewiks die unermeßliche Bedeutung selbständiger linksradikaler Organisationen für den proletarischen Befreiungskampf. Es ist anzunehmen, daß die deutsche Arbeiterklasse auf lange Zeit unfähig sein wird, in der Vorhut der proletarischen Internationale zu kämpfen. Der Standpunkt der Gruppe Internationale entspricht im Ganzen dem gegenwärtigen Zustand der deutschen Arbeiterklasse.

Stockholm-Illusionen.

Eine tiefe Friedenssehnsucht geht durch die Völker. Ein millionenfacher Schrei nach einem Ende des Entbehrens, des Leidens, der Qual durchhallt die Länder, ein Schrei nach Erlösung von dem Golgatha, auf dem die Menschheit täglich aufs neue gekreuzigt wird. Seit langem schon.

So verzehrend die Sehnsucht nach dem Frieden in den Volksmassen, so verschwommen die Erkenntnis über den Weg, der zum Frieden führt. Wie die großen Massen in allen Völkern und in allen Gesellschaftsschichten vor drei Jahren vom Ausbruch des Krieges überrascht wurden, wie sie sich bald fatalistisch den Sturzwellen eines blindwütenden Schicksals überließen, bald leidenschaftlich einzelne Männer anklagten, Teufel, die von Ministerjesseln auf ihr Werk der Zerstörung herabgrinsten, so klanmerten sie sich später an jede Ausgeburt des Aberglaubens, blickten sie voll seliger Erwartung auf jeden Schwärmer, jeden Scharlatan, der sich die Pappflügel des Friedensengels umschnallte. Jedem Breitchen auf dem tosenden Ozean vertraute man seine Hoffnung an, jedem nekromantischen Rechenkunststück, jedem Wüster Humbug, der mit seiner Friedensflottille das Kielwasser der Dreadnoughts kreuzte, jedem Schalmeientriller Wilsons, der hinter seinem Schäfermantel die Schlinge der Kanonen verbarg. Auf jedes neue Grab ward das Reis der Hoffnung gepflanzt. Die neue Hoffnung ist: Stockholm.

Was die Generale mit den Waffen, was die Diplomaten mit ihren Pfiffen nicht fertiggebracht, die Führer der alten Sozialdemokratie sollen es mit Resolutionen vollenden, den Frieden. Die Führer der alten Sozialdemokratie, sie, die sich in den Kriegsstrudel hineinreißten, die ihr innerstes Wesen verleugneten! Wenn alle Blühträume reifen, wird Herr Scheidemann neben Renaudel, Viktor Adler neben Henderson, Vandervelde, der Minister des Krieges neben dem Bokanij sitzen, der schon vor einem Jahrzehnt die ungarische Sozialdemokratie in den Sumpf schmutzigster Korruption führte. Und weiter: Haase neben Ebert, Longuet neben Guesde, Tschaidse neben Plechanow und so fort mit Grazie; sie alle assistiert von den sogenannten neutralen Parteiführern, die selber in ihren Ländern die proletarischen Grundsätze verlassen haben und von den imperialistischen Strömungen

an dieses oder jenes Ufer geworfen wurden. Diese Leute sollen eine Verständigung zwischen den Völkern und ihre Regierungen zustande bringe. Aber sie können sich selber nicht verständigen, denn jeder von ihnen spricht eine andere Sprache. Die alte Internationale hat ihr Babel gefunden; Mars, der Kriegsgott, hat ihre Sprache verwirrt.

Was kann die Stockholmer Konferenz leisten? Was wird sie tun? Es ist kein Zweifel, daß erst einmal die imperialistischen Gegensätze der verschiedenen Kapitalisten-Gruppen, deren Vertreter die Herren sind, aufeinander-plagen werden. All die Schlagworte, die zur nationalitätsstiftischen Verhegung nötig sind und in deren Gebrauch jeder von ihnen geübt ist, wie der Wisnekämpfer im Handgranatenkampf, werden sie einander an den Kopf werfen. Die gegenseitigen Vorwürfe über die Barbarei der Kriegführung, all den jahrelang gesammelten Groll werden sie sich von der Leber reden.

Natürlich werden sie das, Routiniers, die sie sind, in Vorkonferenzen und vertrauliche Sitzungen abmachen. Rechtzeitig werden sie sich ihre wackeligen Stellung in der Arbeiterschaft ihrer Länder erinnern und sie werden die rührende Szene auführen, die auf der zweiten Zimmerwalder Konferenz für die Tagung der alten Internationalen prophezeit worden ist: die gegenseitige Amnestie. Gegenseitig werden sich die Sozialpatrioten aller Länder von Schuld und Fehle freisprechen, werden sie sich testieren, daß sie richtig handelten, als sie auseinander loskühlten, daß sie ebenso gute Sozialdemokraten als Patrioten seien. Diese Brutusse und Cassinusse, mit den verschiedensten Trikoloren geschmückt, werden am Ende finden, daß sie alle, alle ehrenwert sind. Und die Zentrumsleute werden untereinander dasselbe tun.

Diese Komödie ist die Vorbedingung jeder Verhandlung über die Friedensfrage. Besonders kläglich muß sie werden, wenn Rechte und Zentrum tatsächlich zusammen tagen wollen. Da wird sich das Zentrum zu widerlichen Ehrenerklärungen gezwungen sehen. So wird das erste Ergebnis der Stockholmer Konferenz auf den Versuch einer frechen Däpierung und Verwirrung der Massen hinauslaufen.

Aber diese künstlich verkleisterten Gegensätze werden sofort wieder aufbrechen, wenn sich die Konferenz ernsthaft an die Friedensfrage heranmacht. Die Friedensfrage ist ein Konglomerat aller möglichen Fragen: Elsaß-Lothringen, Belgien, Polen, Serbien, die Türkei, die Kolonien, die Freiheit der Meere, der Militarismus, die Demokratisierung der Staaten u. a. m., alles Klappen, an denen die Verständigung scheitern kann. Denn die Herren sprechen verschiedene Sprachen, und das Bolapück der Täuschung hilft nicht weit. Da die Herren aber die Blamage vermeiden und etwas schaffen müssen, so wird herauskommen ein dünner Aufguß dünnen Gemüßes, große Worte, große Gesten ohne inneren Gehalt, ein friedensduffeliger Appell. Ein Appell an wen?

Jrgendwelche Macht, den Frieden herbeizuführen, haben solche Konferenzen nicht. Macht haben die Regierungen und die Völker. Die Regierungen, indem eine Partei die andere zum Nachgeben zwingt, sei es durch die Gewalt der Waffen, sei es durch Seesperrre oder U-Bootkrieg, oder aber indem beide Seiten durch die Furcht vor der allgemeinen Erschöpfung und andere Be-

jorgnisse zu einem Kompromiß gezwungen werden. Keiner dieser Friedensschlüsse kann den Interessen des Proletariats dienen. Abgesehen davon, daß jede Vergewaltigung eines Volkes die Arbeiterklasse am schärfsten treffen würde, wird in dem einen Falle der Revanchegedanke, in dem anderen das unbefriedigte Streben nach Weltmacht zu neuem Betrüsten, zu neuen Konflikten führen. Der Friede der Regierungen kann nur ein Waffenstillstand sein.

Die in Stockholm versammelten Sozialpatrioten haben sich nicht nur den Weg zu den Völkern ver-rammelt, sie sind jeder Bewegung der Arbeitermassen in den Rücken gefallen und haben durch die union sacree die gegenwärtige Schwäche der Völker verschuldet, ihren Willen durch Opium paralyisiert. Ihr Appell kann sich nur an die Regierungen wenden. Der Friede von Stockholm, der Scheidemannsriede, ist der Friede der Regierungen mit dem Ausblick auf den Krieg von morgen.

Zugleich wird in Stockholm die dritte Zimmerwalder Konferenz tagen. Sie wird den Klärungsprozeß im internationalen Proletariat spiegeln, der namentlich durch die Spaltung der deutschen Partei und die russische Revolution, vorwärts getrieben worden ist. Auch ihre Hauptaufgabe wird die Friedensfrage bilden. Wohl kann auch sie den Frieden ebensowenig herbeiführen, wie die Konferenz der Sozialpatrioten. Aber sie wird sich grundsätzlich von jener unterscheiden, denn sie wird an die Völker appellieren.

Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski. (Schluß.)

Wie gern sie auch den Sturz des Zarismus gesehen haben mögen, so sind jedoch die sozialen und politischen Begleiterscheinungen und Konsequenzen derart, daß sie sich gegen ihre Einschleppung nach Polen energisch einsetzen werden. Bereits hat man schon auf die Proklamation der russischen provisorischen Regierung in diesem Sinne geantwortet.

Diese Haltung der herrschenden Klassen Polens gegenüber der russischen Revolution, die darauf hinausläuft, daß man in ihr nur die Möglichkeit des Herrschens über das eigene polnische Volk begrüßt, und entsprechende staatliche Formulierung dieser Wünsche anstrebt, zwingt die polnische Arbeiterklasse in ihrer Klasseninteresse solche Stellung einzunehmen, die ihr ermögliehen wird an den Erfolgen der russischen Revolution teilzunehmen; nicht nur die Lasten und Opfer des Weltkrieges zu tragen, sondern auch an den ungehofften Resultaten des Krieges zu genießen.

Das polnische Problem in der jetzigen Epoche der imperialistischen Weltkriegererschütterungen besteht für die polnische Arbeiterklasse eben darin, sich um den historischen Fortschritt, der die Revolution als Folge des Weltkrieges mit sich bringt, nicht betrügen zu lassen.

Die russische Revolution und die polnische Frage.

Die russische Revolution, deren erster Akt der Sturz des Zarismus war, zwingt die polnische Sozialdemokratie zur neuer Formulierung ihrer Antwort auf die polnische

Frage. So lange der Zarismus die unterdrückten Völker in seinen Krallen hielt, so lange war es für die polnische Arbeiterklasse die einzig mögliche Lösung: Kampf mit dem Zarismus, für die demokratische Republik. Nun ist diese Aufgabe einstweilen gelöst, und die demokratische russische Republik offeriert den Polen — die Freiheit, laut Selbstbestimmungsrecht. Was soll die polnische Arbeiterklasse darauf antworten?

Vor allem wäre noch die Frage von der tatsächlichen Existenz der demokratischen Republik in Rußland zu beantworten. Die russische demokratische Republik existiert soweit, soweit eine starke proletarische Macht besteht, die sie verteidigen kann. Und von diesem Standpunkte aus hat auch die polnische Arbeiterklasse ein eminentes Interesse daran, die Sicherheit dieser Republik zu wahren und ihre Existenz zu schützen, wobei ihr demokratischer Charakter aufrechtzuerhalten wäre.

Wie kann die polnische Arbeiterklasse in ihrem eigenen Interesse diese politische Aufgabe am besten erfüllen? Die polnische Sozialdemokratie hatte von Anfang an die polnische Frage vom proletarischen Klassenstandpunkt aus betrachtet. Die polnische Frage war für sie eine Frage der Wegräumung aller national-kulturellen Hindernisse auf seinem Kampfwege zum Sozialismus. Es war ihre Aufgabe ein politisches Programm auszuarbeiten, wie und auf welchem Wege diese Wegräumung national-kultureller Hindernisse von den polnischen Arbeiterklasse möglich wäre. Bei Aufstellung eines politischen Programms mußte man von der tatsächlichen Entwicklungstendenzen der polnischen Gesellschaft ausgehen, und sich nicht begnügen alle Herrlichkeiten der Welt als Programmforderungen des Proletariats aufzustellen. Dadurch eben unterscheidet sich ein auf realer Basis der Wirklichkeit aufgebautes Programm der Sozialdemokratie von den kleinbürgerlichen Sozialisten.

Die proletarischen Forderungen müssen kollektierbar sein, d. h. sie müssen wirkliche Klasseninteressen sein, für die das Proletariat den Kampf führen muß. „Denn“, wie Genoffin Luxemburg richtig bemerkt, „die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung bringt es mit sich, daß gewöhnlich indem sie die bisherige traditionelle Form der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse untergräbt und auf die Seite schiebt, neue Formen ihrer Befriedigung schafft. Diejenigen Interessen jedoch, für die die gesellschaftliche Entwicklung keine realen Grundlagen schafft, sind eben im Grunde genommen, wenn man näher hinsieht, entweder Interessen, die veraltet oder bankrott geworden sind, oder gar ausgeklügelte Interessen.“* Von diesem Standpunkte aus hat die polnische Sozialdemokratie schon am Anfang ihrer politischen Tätigkeit das Programm aufgestellt, in dem sie sich gegen die Forderung des unabhängigen polnischen Staates ausgesprochen hat, als eine Kampfforderung der polnischen Arbeiterklasse.

„Das Bedürfnis, ein Apparat eines unabhängigen Klassenstaates, der doch ein Organ der Unterdrückung der Arbeiterklasse sein wird, ist in den jetzigen Verhältnissen angesichts der Unmöglichkeit der Realisation nur ein eingebildetes Bedürfnis der Arbeiterklasse, der kleinbürgerlichen Ideologie entnommen . . .“ schrieb 1905

* Vorwort zu der Sammlung der Artikeln über: Polnische Fragen und die sozialistische Bewegung. Krakau 1905. (Polnisch.)

R. Luxemburg in der oben zitierten Sammlung. Nicht, weil Polen „ökonomisch“ als selbständiger Staat nicht existieren könnte; eine Argumentation, die man öfters als eine sozialdemokratische Begründung mit viel „Wissenschaftlichkeit“ zu bekämpfen suchte. Die Sozialdemokratie hat nie solch ein absurdes Argument benutzt, denn wenn es soziale Kräfte für die Er kämpfung eines selbständigen polnischen Staates wären, so würde dies schon eine genügende Garantie für die Möglichkeit der Existenz gewesen sein.

Die Frage, ob ein kapitalistischer Staat existieren kann oder nicht, ist vor allem, ob die anderen imperialistisch-kapitalistischen Staaten das zulassen werden, und nicht die zahlenmäßige Feststellung, daß Polen so und so viele Arbeiter und Bauern, so und so viel Kohlen, Eisen, Kapital usw. besitzt. Darum hat die polnische Sozialdemokratie in ihrer Taktik, in ihrem politischen Kampf nichts von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Existenz des selbständigen polnischen Staates gesprochen, sondern festgestellt, daß die polnische Arbeiterklasse kein Bedürfnis hat um einen kapitalistischen Klassenstaat zu kämpfen, da die kapitalistischen Grundlagen für den Kampf um den Sozialismus bereits in den Teilstaaten vorhanden sind. Was fehlte, war die demokratische Freiheit in Rußland-Polen, die nicht nur die elementarsten Bürgerrechte bringen muß, sondern auch die national-kulturelle Selbständigkeit bringen wird. In diesem Sinne wurde der Kampf gegen den Zarismus zusammen mit den russischen Proletariaten geführt.

Nun kam der Weltkrieg, und als eine politische Konsequenz kam einerseits die Proklamierung des polnischen Staates seitens der Zentralmächte, und zweitens die russische Revolution mit der Proklamierung des verklärten Selbstbestimmungsrechts der Nation, was für Polen eine Möglichkeit der Selbständigkeit einschloß. Welche Kampfperspektiven wurden dadurch für die polnische Arbeiterschaft eröffnet? Darauf ist kurz zu antworten: wie früher der Zarismus es war, den zu bekämpfen es galt, so ist es jetzt für die polnische Arbeiterklasse der Imperialismus, der auf dem Wege steht zur Befreiung des polnischen Proletariats. Und die polnische Frage in dieser Epoche des Imperialismus bedeutet für die polnische Arbeiterklasse: wie und auf welche Wege wird der Imperialismus am erfolgreichsten bekämpft?

Das die Gründung eines unabhängigen Staates mit wohlwollender Hilfe imperialistischer Nachbarstaaten keine Lösung der polnischen Frage vom Standpunkte des Proletariats ist, wird jedem einleuchten. Die jetzigen Verhältnisse und Ideale der polnischen herrschenden Klassen, die sich um den provisorischen Staatsrat gruppieren, illustrieren dies zur Genüge.

Ein unabhängiger selbständiger polnischer Staat inmitten der imperialistischen Kolosse, ist nach außen hin ein Spielzeug in ihren Händen, und nach innen eine militärische Halbespotie, die für die militärische Verteidigung der „Selbständigkeit“ alle wirtschaftlichen Kräfte des Volkes in Anspruch nehmen wird. Dabei wird die ständige Tendenz vorhanden sein durch Erweiterung der Grenzen die relative Selbständigkeit zu erlangen. Und so kommt es klar zum Vorschein, worin das polnische Problem in der Epoche des imperialistischen Wettstreites besteht. Die polnische Bourgeoisie würde eine Lösung

finden, indem ihr die Möglichkeit gegeben würde einerseits die Herrschaft im Inneren selbständig und unabhängig über das eigene Volk auszuüben, und andererseits ihre imperialistischen Ambitionen, sei es selbständig als militärischer Staat mit genügend Kanonensfutter ausgestattet, sei es als ein selbständiger Teil eines Großstaates die Erfolge der imperialistischen Politik zu genießen und sie beeinflussen zu können. Zu diesem Zwecke würde sie auch den Kampf des eigenen Proletariats gegen die imperialistischen Kräfte des Großstaates auch zu unterbinden suchen.

Welche politische Formen diese Ziele und Wünsche der polnischen Bourgeoisie auch annehmen werden ist für uns gleichgültig. Je schärfer sie die Idee der vollständigen Unabhängigkeit verteidigen werden, desto greller kommt der eigentliche soziale Inhalt in ihren politischen Idealen zum Vorschein: Die russische Revolution soll in ihrem sozialen Inhalt auch die Grenzen der bürgerlichen Demokratie überschreiten und an den Grundpfeilern des weltstaatlichen Imperialismus nicht rütteln. Anscheinend nur um polnische Angelegenheiten besorgt, sorgt die polnische Bourgeoisie in ihren polnischen Forderungen um die imperialistischen Möglichkeiten. So steht die polnische Frage für die herrschenden Klassen Polens jetzt, in den Zeiten der imperialistischen Ära, die durch die russische Revolution durchbrochen ward. Für die polnische Arbeiterklasse liegt die Lösung des polnischen Problems in entgegengesetzter Richtung.

Wenn die polnischen herrschenden Klassen die polnische Frage als Möglichkeit der imperialistischen Entwicklung bedeutet, so ist für die polnische Arbeiterklasse die polnische Frage die Frage des Sozialismus. Der Weg zum Sozialismus führt durch den Kampf mit dem Imperialismus. Wenn die polnische Bourgeoisie bestrebt ist die russische Revolution zu schwächen, um sie in ihrem Drang gegen den Imperialismus aufzuhalten, so sind wir gegenseitiger Ansicht.

Solange der Imperialismus nicht abgewirtschaftet hat, solange kann die polnische Frage für das polnische Proletariat nicht anders gelöst werden, als im Kampfe gegen den Imperialismus. Eine Staatsgründung ist solange keine Lösung der polnischen Frage, solange dadurch nur imperialistische Mächte und Gefahren gezeitigt werden. Nur dann, wenn diese Gefahren nicht vorhanden sein werden, d. h. in der Epoche der sozialen Revolution, würde die polnische Frage als eine Möglichkeit der freien und ungehinderten Genießung der naturalen und kulturellen Güter für das ganze Volk, ohne andere Völker unterdrücken zu müssen, gelöst werden.

Zur Frage des Parlamentarismus.

Die Gefährlichkeit des gewerksmäßigen Parlamentarismus. Von Rittinghausen*

Volksvertretung ist nichts als Fiktion. Der Abgeordnete vertritt nur sich selbst, denn er gibt seine Stimme und handelt seinem eigenen Willen gemäß und nicht laut dem Willen seiner Auftraggeber. Er kann für seine Person ja sagen, wo die anderen nein

* Rittinghausen war Mitglied des Frankfurter Volksparlaments von 1848. Er ist ein durchaus bürgerlicher Demokrat gewesen, aber ein Demokrat, wie wir sie heute nicht mehr finden.

sagen würden, und er tut das auch in den meisten Fällen. Die Vertretung des Volkes ist somit aufgehoben, wenn man darunter das beständige Zuwiderhandeln gegen das Interesse und die Meinung des Volkes nicht verstehen will.

Sollte sich jedoch unter den Abgeordneten wirklich ein weißer Rabe, ein wahrer Volksvertreter vorfinden, so wäre trotzdem nur ein kleiner Bruchteil des Volkes vertreten, und auch dieser Teil würde nicht zur Geltendmachung seiner Interessen kommen, wenn sich im Abgeordnetenhaus die Mehrheit der übrigen Abgeordneten dagegen erklären würde.

Bei den Wahlen hat der Intrigant stets Vorteil gegenüber einem Ehrenmann, da er über eine Auswahl von Mitteln gebietet, die der Ehrliche verabscheuen muß. Die Dummheit triumphiert über das Talent, denn drei Viertel der Wähler geben ihre Stimme ab ohne ihren Kandidaten zu kennen, oder ihn beurteilen zu können. Folglich ist bei dem Repräsentativsystem schon die Wahl an sich eine grobe Täuschung.

Im Parlament ändern viele ehrenwerte Personen ihren Charakter; der Mensch mag noch ehrlich sein, im Parlament lernt er seine Ueberzeugung in den allermeisten Fällen verleugnen. Das parlamentarische System enthält eine Anzahl von Versuchungen, denen ein Ehrlicher nicht ausgesetzt werden darf. So z. B. die Versuchung, sich zu bereichern, sich und seine Familie auf Kosten der Wähler zu erhöhen, ohne damit ein gesetzlich strafbares Verbrechen zu begehen. Hierdurch entstehen fortwährende Meinungswechsel in den Reihen der Gewählten, sodaß es zu einer Majorität uneigennütziger Vertreter fremder Interessen niemals kommt.

Die Furcht, nicht wiedergewählt zu werden, greift bei einem dieser schlimmen Vertreter nicht Platz, denn je mehr er seinem Mandate zuwiderhandelt, desto sicherer ist ihm die Gewißheit, wieder ins Parlament zu kommen, sei es auch mit Hilfe irgend einer korrumpierten Volksvertretung, die ganz zu Diensten der Regierung steht. Auf diese Weise bringen es die verwerflichsten Abgeordneten zur längsten gesetzgeberischen Karriere und überleben alle Regimewechsel. Es wäre nicht schwer, Beispiele zu zitieren, man hätte unter vielen bekannten Namen zu wählen.

Erklärung.

Die Nr. 52 des „Kampf“ vom 1. Juni bringt einen längeren polemischen Artikel gegen die „Arbeiterpolitik“, in dem „einige tatsächliche Unwahrheiten“, die sich die „Arbeiterpolitik“ gegenüber der Gruppe Internationale geleistet haben soll, berichtigt worden sein sollen. Da der Artikel auf keinen der wesentlichen Punkte, die wir in unserer Polemik gegen die Gruppe Internationale behandelten, eingeht, sondern sich in der Hauptsache an einzelne Ausdrücke der „Arbeiterpolitik“ hängt, um mit Liebenswürdigkeiten wie „ungewöhnliches Schwadroniertalent“, „ungewöhnlicher Mangel an Wahrheitsliebe“, „Beschimpfungen“, „unterschlagen“, „unverschämte Lügnerin“ herumfuchteln zu können, so verzichten wir auf eine Widerlegung des Artikels im einzelnen. Der kritische Leser beider Zeitschriften wird ohnehin beurteilen können, wo und ob wir irren.

Nur auf zwei Punkte wollen wir mit einigen Worten eingehen. Zunächst eine Feststellung: wir sollen in dem sonst wörtlich wiedergegebenen Artikel „Zimmerwald, Kienthal, Stockholm“ einen Passus von ganzen zehn Zeilen „unterschlagen“ haben, und das aus

dem wohlwogenden Grunde, um uns davor zu schützen, uns selbst als „unverschämte Lügnerin“ festnageln zu müssen. Wir stellen fest, daß jene zehn Zeilen fortfielen aus Gründen, die wir der Gruppe Internationale schon bei einer anderen Gelegenheit mitteilen müssen. Wir stellen außerdem fest, daß sich im weiteren Verlaufe unseres Artikels mehrere Stellen befinden, die unmittelbar auf jenen ausgefallenen Passus Bezug nehmen. Es läge gewiß im Interesse der Gruppe Internationale, gerade unter den obwaltenden Verhältnissen die zu bekämpfenden Artikel etwas genauer zu prüfen, bevor sie zu so schweren Anschuldigungen wie „unterschlagen“ und „unverschämte Lügner“ ihre Zuflucht nimmt.

Worauf es uns aber ankommt, ist einmal die Feststellung unseres Verhältnisses zu Julian Borchardt. Der „Kampf“ hat schon in einer früheren Nummer ausgiebig von der Tatsache, daß wir nicht wie er über den Sünder Borchardt hergefallen sind, Gebrauch gemacht, um die „Arbeiterpolitik“ und die Zimmerwalder Linke zu diskreditieren. Wer nicht mit den Augen blinden Hasses den Fall Borchardt betrachtet, wird zwar sachlich von der Auffassung Borchardts, sowie von seiner Handlung als solcher deutlich genug abrücken. Aber die Tatsache, daß Borchardt vom Beginn des Krieges in der konsequentesten Weise und unter den größten persönlichen Opfern den Standpunkt des Linkradikalismus in einer selbst für die Gruppe Internationale vorbildlichen Art vertreten hat, sollte jeden objektiv Denkenden, ja jeden auch nur halbwegs gerechten Beurteiler davor bewahren, Borchardt, solange keine anderen Beweise gegen ihn sprechen, unlauterer Motive zu zeihen. Borchardt war gewiß nie unser „lieber Freund“, zum mindesten war sein persönliches Verhältnis etwa zum Genossen Mehring ein ungleich intimeres, als es sein Verhältnis zu uns jemals war. Wohl aber war er unser „Bundesgenosse“, und wir erklären, daß wir uns dieser Bundesgenossenschaft bis heute und in aller Zukunft nicht schämen werden. Daß Borchardt unser Bundesgenosse nicht mehr sein kann, bedauern wir aufrichtig, nicht so sehr in unserm Interesse, als im Interesse der linksradiakalen Bewegung in Deutschland, die in ihm einen ihrer konsequentesten, aufrichtigsten und opferfreudigsten Vertreter verloren hat.

Schließlich noch ein Wort zur Stockholmer Konferenz. Die „Arbeiterpolitik“ soll Unwahrheiten verbreitet haben, indem sie behauptete, daß die Arbeitsgemeinschaft nach Stockholm gehe, um „Friedensgastmähler“ mit den Scheidemännern zu feiern, aber daß die Gruppe Internationale sich von der Stockholmer Konferenz fernhalte. Was die Stellung der Arbeitsgemeinschaft in Stockholm betrifft, so wird sie durch die Auslassungen der „Leipziger Volkszeitung“, die ebenfalls in Nr. 20 der „Arbeiterpolitik“ und zwar in demselben Artikel zitiert wurden, der von den „Friedensgastmählern“ spricht, hinlänglich als solche gekennzeichnet. Was aber die Haltung der Gruppe Internationale in dieser Frage angeht, so ist es wirklich nicht ganz leicht, ihren Standpunkt prinzipiell zu bestimmen. In Nummer 47 des „Kampf“ wurde mit Heftigkeit gegen die Stockholmer Konferenz als einer Regierungskonferenz und gegen die Auffassung Troelstras polemisiert, die Minderheiten hätten als Brücke zwischen den Parteien zu dienen. Entrüstet fuhr der „Kampf“ fort:

„Die Minderheiten, die man bisher bekämpft, als Anarchisten beschimpft und nach Möglichkeit vergewaltigt hat, sind aber jetzt gut genug dazu, um als Kitt für die Mehrheiten, als Feigenblatt für die verschämten Regierungsvortreter zu dienen. Die Minderheiten werden sich für diese Rolle bedanken. Wir erwarten unbedingt von der neuen „Unabhängigen Partei“, daß sie sich von einer Konferenz der Scheidemänner im In- und Auslande fernhält. Eine internationale Verständigung, die wirklich dem Völkerverständnis und nicht den dunklen Plänen der

Regierungen dient, ist nur zwischen konsequenten Anhängern des Internationalismus möglich.“

Das war am 28. April. Am 11. Mai wurde an derselben Stelle lang und breit nachgewiesen, daß unter gewissen Voraussetzungen die Entsendung einer Delegation nach Stockholm nicht nur zu rechtfertigen, sondern eine „unbedingte Notwendigkeit“ sei. Ja, mit einem Male war — immer unter „gewissen“ Voraussetzungen, die sich auf die politische Zuverlässigkeit der deutschen und russischen Haaseleute stützten — die Stockholmer Regierungskonferenz als „dritte Etappe auf dem Wege Zimmerwal-Rienthal lebhaft zu begrüßen“. Inzwischen hatte nämlich die „Unabhängige“ ihre Delegationen ernannt und die Russen hatten sich zur Teilnahme bereit erklärt. Das genügte für die Gruppe Internationale, um als „unbedingte Notwendigkeit“ zu erklären, was sie vorher ebenso „unbedingt“ verwarf, da sie in die Unabhängigen Erwartungen setzte, die diese niemals erfüllen konnte.

Das ist es, was wir an der Gruppe Internationale bekämpfen: die unheilvollen Widersprüche in die sie sich verstrickt und die unheilvolle Verwirrung, die sie durch ihren Anschluß an die Unabhängigen in jeder entscheidenden Frage anstiften muß. Und wir werden nicht aufhören, diese Halbheiten zu bekämpfen, ganz gleich, ob es der Berliner Leitung „lästig“ fällt oder nicht, ob es ihr „beträchtliche Langeweile“ veranlaßt oder nicht. Wie vordem an den „Lichtstrahlen“, so hat sich die Gruppe Internationale später an der „Arbeiterpolitik“ noch ganz gut zu orientieren gewußt. Und wir sind überzeugt, daß sie über kurz oder lang auch von der Notwendigkeit überzeugt sein wird, eine selbständige linksradiakale Partei zu gründen. Je heftiger die Berliner Leitung jetzt unseren Standpunkt bekämpft, umso besser für uns und umso schlimmer für sie. Der Kampf gegen ihre autokratischen Gelüste und ihre diplomatischen Künste wird uns dadurch erheblich erleichtert.

Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

Berichtigung.

In Nummer 22 der „Arbeiterpolitik“ wurde geschrieben, daß die Frankfurter Linksradiakalen der Partei der Unabhängigen nicht beigetreten seien. Das ist zwar richtig, aber die folgenden Sätze lassen die Deutung zu, als ob dieser Beschluß der Initiative der Frankfurter Genossen entspringe sei. Tatsächlich hat die Frankfurter Mitgliedschaft der Gruppe Internationale alles versucht, um der Partei der Unabhängigen beitreten zu können. Der Versuch scheiterte an dem Verhalten der Frankfurter Unabhängigen, die nach unserem Ermessen völlig im Rechte sind, wenn sie eine selbständige Organisation in ihrem Parteikörper nicht dulden wollen, wie denn andererseits die Frankfurter Linksradiakalen in ihrem Rechte sind, wenn sie sich mit den Unabhängigen nicht vermannen wollen. Die Frankfurter Linksradiakalen haben aus den Auseinandersetzungen vorläufig die einzige Konsequenz gezogen, die sich ziehen ließ. Sie sind selbständig geblieben. Freilich wollen sie ihr ferneres Verhalten von diplomatischen Verhandlungen abhängig machen, die seitens der Gruppe Internationale mit dem Vorstand der Unabhängigen gepflogen werden sollen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf diesem Wege, auf dem bekanntlich einiges möglich ist, eine „Einigung“ erzielt wird. Sollte es geschehen, so wäre dadurch zwar ein bemerkenswertes Beispiel für die Diplomatie der neuen Instanzenpartei geliefert, die durch das tapferere Verhalten der Frankfurter Linksradiakalen aufgedeckten Gegensätze aber würden dadurch sehr zum Nachteil der weiteren Entwicklung der Parteiverhältnisse in Deutschland verschleiert werden.

Wie doch die Habsucht sich betriegt.
So mancher ist unreife Beeren,
aus Furcht, wenn sie erst schmackhaft werden,
daß sie alsdann ein andrer kriegt.

In der jetzigen Zeit soll niemand schweigen oder nachgeben; man muß reden und sich rühren. Goethe.

Feuilleton

Verbrechen und Todesstrafe.

Von Elisee Reclus.

Der Ursprung der Todesstrafe, so wie sie zur Zeit die Staaten anwenden, ist ganz gewiß nur die Rache, die Rache ohne Maß, ebenso schrecklich wie sie der Haß eingeben kann, oder die Rache von einer Art summarischer Gerechtigkeit geregelt, sozusagen die Strafe der Wiedervergeltung: „Zahn um Zahn, Auge um Auge, Kopf um Kopf.“ — Als die Familie eingerichtet ward, trat sie anstelle des Individuums, um die Rache, oder die Vendetta, auszuüben. Sie fordert den Preis des Blutes, jede Wunde wird durch eine andere Wunde bezahlt, jeder Tod durch einen anderen Tod; und auf diese Weise werden die Feindseligkeiten und die Kriege bis in die Ewigkeiten fortgepflanzt. Dies war der Zustand eines großen Teiles von Europa im Mittelalter, es war im vorigen Jahrhundert derjenige von Schottland, es ist jetzt noch derjenige von Albanien, vom Kaukasus und von vielen anderen Ländern.

Nichtsdestoweniger stellte sich ein wenig Ordnung in den immerwährenden Krieg ein; nämlich durch den Loskauf. Die von anderen zum Tode verurteilten Individuen oder Familien konnten sich gewöhnlich loskaufen; und diese Art Handel wurde bestimmt durch die Sitte. So viele Ochsen, Schafe oder Ziegen, soviel von klingender Münze, oder so viele Aker Land wurden festgesetzt für den Loskauf des Blutes. Der Verurteilte konnte sich auch loskaufen, indem er sich von einer anderen Familie aufnehmen ließ, manchmal sogar von der, die er beleidigt hatte; er konnte auch frei werden durch eine Großtat seinerseits; endlich, er konnte zu tief fallen, um der Bestrafung würdig zu sein. Es genügte ihm, sich hinter einem Weibe zu verbergen, und von nun an war er frei, zu schlecht, daß man ihn hätte töten mögen, aber unglücklicher, als wäre er mit Wunden bedeckt gewesen. Er lebte, aber sein Leben war schlimmer als der Tod.

Das Gesetz der Wiedervergeltung von Familie zu Familie konnte sich augenscheinlich nicht aufrechterhalten in den großen zentralisierten Staaten, den Monarchien, Aristokratien oder Republiken. Hier ist es die Gesellschaft, vertreten von ihrer Regierung, dem König, Rat oder den Magistraturen, die die Rache übernehmen, oder wie es in der Sprache der Rechtsgelehrtheit heißt, die Sühnung. Aber die Geschichte beweist uns, daß, indem der Staat, Rache oder der König, das Recht zu strafen im Namen aller an sich reiht, er sich vor allem damit beschäftigt, seine eigenen, besonders erlittenen Verletzungen zu rächen, und wir wissen, mit welcher Wut er seine Feinde verfolgt und mit welchen Schlawinnigkeiten von Grausamkeit er sie leiden ließ. Es ist keine Marter, die die Einbildungskraft erfinden könnte, die von der herrschenden Macht nicht an Tausenden von Menschen angewandt worden wäre: Hier verbrannte man am langsamen Feuer, dort enthauptet oder schneidet ein Glied nach dem andern ab; in Nürnberg schloß man den Verurteilten in den Körper der „eisernen Jungfrau“, der rot erhitzt wurde, ein; in Frankreich zerbrach man ihm die Glieder, oder ließ ihn von vier Pferden auseinanderreißen; im Orient spielt man die Unglücklichen auf Pfähle; in Marokko mauert man sie ein bis an den Hals.

Und warum alle diese Racheaktionen? Ist es, um wirkliche Verbrechen zu strafen? Die Todesstrafe hat stets im Dienst der Tyrannei gestanden. Was hat Calvin, der Meister der Gewalt, getan? Er ließ Michel Servet verbrennen, einen dieser Geher der Wissenschaft, von denen man mit Mühe zehn oder zwölf in der

Geschichte der ganzen Menschheit zählt. Was hat Luther, ein anderer Religionsgründer, getan? Er hat seine Freunde, die Grobherren, aufgereizt, sich auf die Bauern zu stürzen: „Tötet sie, tötet sie, die Hölle nehme sie lieber zurück.“ Was hat die siegreiche katholische Kirche getan? Sie hat Inquisitionsgerichte und Autodafes organisiert. Sie ist es, die die Scheiterhaufen anzündete, welche während drei Jahrhunderten das edle spanische Volk unter Schrecken hielten.

Aber wenn der Staat grausam und wild ist, wenn es sich darum handelt, eine Verletzung zu rächen, die seiner Macht zugefügt wurde, so zeigt er weniger Leidenschaft in der Sühnung der Privatverbrechen, und nach und nach ist es ihm zur Schande geworden, die Todesstrafe anzuwenden. Die Zeit ist nicht mehr, da der Henker in Rot gekleidet, seine Person hinter dem König zur Schau stellt; er ist nicht mehr die zweite Persönlichkeit des Staates, er ist nicht mehr das „lebende Wunder“, wie ihn Joseph de Maistre nannte; er ist die Schande der Gesellschaft geworden und läßt sich nicht einmal unter seinen Namen nennen. Man hat Männer gehabt, die sich die rechte Hand verstümmeln ließen, um nicht zum Henkerdienst gezwungen werden zu können. In vielen Ländern, wo die Todesstrafe noch besteht, köpft, hängt und erwürgt man nur noch im Innern der Gefängnisse. Dann ist auch in mehreren Ländern die Todesstrafe abgeschafft worden: Die Schweiz ist eine der Nationen, die die Ehre gehabt haben, das Schaffott zu verbrennen.

Blut schreit nach Blut; es ist im Umkreis der Schafotte und in den Gefängnissen, wo sich die Mörder und die Töte bilden. Die Todesstrafe ist unnütz, doch ist sie gerecht?

Nein, sie ist nicht gerecht. Wenn ein Individuum sich allein und einzeln rächt, kann es seinen Gegner als verantwortlich betrachten; aber die Gesellschaft, im ganzen genommen, muß die Bande der Zusammengehörigkeit verstehen, die sie mit allen ihren Mitgliedern verknüpft, den Tagendhaften, wie den Verbrechern, und anerkennen, daß an jedem Verbrechen sie auch ihren Schuldteil hat. Hat sie sich um die Kindheit des Verbrechers gekümmert? Hat sie ihm eine vollständige Erziehung gegeben? Hat sie ihm die Lebenswege erleichtert? Hat sie ihm stets gute Beispiele gegeben? Hat sie darüber gewacht, daß er ja auch alle Gelegenheit gehabt hätte, ehrlich zu bleiben oder es wieder zu werden nach seinem ersten Fall? Und wenn sie es nicht getan hat, kann sie da der Verbrecher nicht der Ungerechtigkeit beschuldigen?

John Stuart Mill, dieser Gelehrte, den man allen seinen Kollegen als gutes Beispiel hinstellen könnte, vergleicht alle Mitglieder der Gesellschaft mit Wettläufern, denen irgend ein Jägar ein und dasselbe Ziel stecken würde. Der eine der Mittläufer ist jung, behend, kampfbereit, ein anderer ist schon alt; es sind Kranke darunter, Lahme, Krüppel. Würde es gerecht sein, die letzteren zu verurteilen: Die einen zum Elend, die anderen werden von der Umgebung verurteilt, im Elend oder im Verbrechen zu versumpfen; und auf sie soll die gesellschaftliche Sühne fallen?

Aber es gibt noch einen anderen Grund, der der bürgerlichen Gesellschaft verbieten sollte, die Todesstrafe zu verhängen. Dies ist, daß sie selbst tötet und millionenfach tötet! —

Welches ist nun das Heilmittel für alle diese Massenmorde, wie für die Einzelmorde? Es ist eine völlige gesellschaftliche Umänderung; es ist die Aneignung des Bodens und der Werkzeuge durch und für alle, die arbeiten und arbeiten wollen. Auf diese Weise wird sich die Klust des Hasses zwischen den Menschen ausfüllen und überbrücken lassen, wird das Elend und die Hezjagd nach dem Glück, diese große Mitbesserin der Verbrechen, aufhören, die Bürger gegeneinander aufzureizen, und wird die gesellschaftliche Rachsucht sich endlich ausruhen können. Anstelle des Gewaltrechts, daß in der wilden Natur vorherrscht, ist es Zeit, die Gerechtigkeit

treten zu lassen, die das Ideal eines jeden Menschen, der würdig seines Namens ist.

Aber ist es nicht möglich, daß es auch in der umgestalteten, freien kommunistischen Gesellschaft noch Verbrechen gibt? Physiologisch könnte der Verbrechertypus aufs neue erscheinen. Was tun wir dann? Töten wir den Verbrecher?

Gewiß nicht. Denn der, bei dem das Verbrechen der Unvernunft entflieht, er ist ein Unglücklicher. Ihn müssen wir hegen und pflegen, wie wir die Terrassen oder die anderen Kranken hegen und pflegen; wir brauchen uns nur von ihren Gewalttätigkeiten zu behüten. Was diejenigen anbetrifft, die durch ihr jähzorniges Gemüt oder ihr hitziges Blut Verbrecher wurden, so wäre es in einer sozialistischen Gemeinschaft möglich, ihnen vorzuschlagen, durch Heldenmütigkeit wieder in einen sozialen Ehrenstand zu gelangen.

Man hat es hunderte Male gesehen, wie Galeriensträflinge sich ins Wasser warfen oder ins Feuer gingen, um Unglückliche zu retten, nur um sich so in der Achtung der anderen Menschen wiedergeboren zu fühlen. Die Ruderknechte, die die Gemeinde von Karthago freigab und die Frankreich wieder zu Sklaven gemacht hat, sind erhaben gewesen in ihrem Heldenmut, während ihrer kurzen Freiheit von einigen Monaten. „Gehorcht!“ forderte die christliche Lehre; und das Volk hat sich erniedrigt und entwürdiget. „Bereichert Euch!“ sagen die Staatsbürger zu ihren Söhnen, und diese suchen sich auf alle möglichen Weisen zu bereichern, sei es mit Vergewaltigungen Schwächerer, sei es mit mehr Geschicklichkeit, dem Gesetz eine Nase zu drehen und es zu umgehen. „Werdet Menschen!“ sagen die Sozialisten, und selbst die Räuber werden sich wieder emporheben können durch ihre Heldenmütigkeit zur Ehre des gesellschaftlichen Gemeinwohles.

Sacta alea est!

Wiewohl mein fromme Mutter weint,
Da ich die Sack' hätt' gefangen an:
Gott woll' sie trösten, es muß gahn,
Und sollt' es brechen auch vorn End',
Will's Gott, so mag's mit werden g'wendt,
Darum wach' brauchen Fuß' und Händ'.
Ich hab's gewagt.
Ulrich Hutten.

Ich hab's gewagt! und meine Fehde,
Sie währe fort;
Ich hab's gewagt! so steh' ich Rede
Für Manneswort.
Und vor des Thrones Stufen,
Wenn ihr nach meinem Rechte fragt,
Will ich mit Hutten rufen:
Ich hab's gewagt!

Von gestern ist mein Brief und Siegel
Mein Pergament;
Ich weiß, daß außer meinem Spiegel
Mich niemand kennt.
Ihr laßt die Dämmerung gelten,
Bevor der helle Morgen tagt —
Wohlan — wer will mich schelten?
Ich hab's gewagt!

Sa, gibt der greise Knecht die Bülle
Dem Laster frei,
Dann sei der Jugend Blut die Hülle
Der Tyrannie.

Schaut her, die ihr am Alten
Euch Euer Leben müde tragt,
Werft Euer Haupt in Falten:
Ich hab's gewagt.

Ich sah in manch gepriesenen Tempel
Die Annatur,
Auf manch erlauchter Stirn den Stempel
Des Rains nur;
Und ich ward ungeduldig,
Das alles jagt und niemand klagt,
Ich donnerte ein: „Schuld'ig!“
Ich hab's gewagt!

Ich sah viel feige Riesen strecken
Zu Boden sich,
Manch' übermütig Zwerglein recken
Sich fürchterlich;
Ich lacht und sprach: O Zwerg,
Ob ihr auch aus dem Rote ragt,
Ihr seid darum keine Berge!
Ich hab's gewagt!

Ich sah im Hohepriesterkleide
Die Anoggenst,
Gleich Rohr zerbrochen ihre Eide
Die Henkerzunt;
Ich sah von schönen Hunden
Der Freiheit Edelwild gejagt,
Und wusch ihm still die Wunden:
Ich hab's gewagt!

Dürft' ich an einer Marmorfülle
Ein Simson stehn,
In meiner Faust Herakles' Keule
Zum Schwunge drehn,
Wenn die Paläste brechen —
O Gott, was hast du mir's versagt? —
Zu den Despoten sprechen:
Ich hab's gewagt!

Georg Herwegh.
(Gedichte eines Lebendigen.)

Willst du alleorts behagen,
So mußt du dich also betragen:
Im Frieden stets wacker dich plagen,
Im Kriege stets wacker dich schlagen,
Biel tragen und vielem entsagen,
Nichts wagen und nie was abschlagen,
Nie fragen, verlagen, noch klagen,
Beim Geldgeben niemals verzagen,
Und alle deine Wünsche vertagen:
Dann — hast du nichts weiter zu sagen.
(Ein zeitgemäßes Gedicht aus dem Jahre 1848.)

Ihr Herrn von: Zugegeben, Zwar,
Bedingungsweis, Gewissermachen!
Hier heißt es: ganz, mit Haut und Haar.
Berlegt uns nicht des Kampfes Strafen!
Entweder, oder.

Wenn man schwankt,
Kann man leicht umfallen.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der
„Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 24

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 16. Juni 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Von der Reichsbühne	Seite 179
Das erste Vierteljahr der russischen Revolution	181
Der Gegner als Lehrmeister	183
Zur Frage des Parlamentarismus	184
Eine Richtigstellung. Von J. Borchardt	184
Aus unserm politischen Tagebuch	185
Feuilleton: Schulgesehichten. Von H. Heine	186

Von der Reichsbühne.

Nun ist er wieder in die Ferien gegangen, oder besser gesagt, er ist wieder einmal verabschiedet worden — der Reichstag. In einem Punkt ist die übergroße Mehrheit der deutschen Parlamentarier geradezu unnachahmlich: Disziplin Prima. Sobald die Regierung ruft, sind sie zur Stelle, und ebenso schnell verlassen sie ihre machtlose Wirkungsstätte, ohne daß die Regierung sich veranlaßt sieht, einen energischen Wunsch zu äußern, von Befehl gar nicht zu reden. Es genügt der leiseste Wink von der höchsten Stelle und man befriedigt sich in den ruhigen Formen der Konvenienz und Höflichkeit. Sollte es aber einmal vorkommen, daß man so etwas wie einen selbständigen Willen bekundet, — nun, dann läßt man mit sich reden und bewilligt ihnen einen neuen Ausschuß oder irgend eine Kommission. Die Herren Journalisten preisen diese Neuheit, — frei nach Heinrich Schulz — als einen Schritt nach vorwärts; in Wirklichkeit ist es nur ein schwach formeller. Die Welt mit ihrem Realhunger merkt keine Besserung. Wir brauchen es den Genossen nicht im einzelnen vorzurechnen, wie bedeutungslos der deutsche Reichstag im Weltkrieg ist. Es hieße längst bekanntes wiederholen, wollten wir auf das Einseitige seiner geschäftlichen Tätigkeit verweisen, — nur zu bewilligen hat er, nichts zu fordern.

Daß diese Art der volkrechtlichen Methoden zu einer Hebung unserer ökonomisch-sozialen Verhältnisse beigetragen hat, wird wohl niemand ernstlich behaupten.

Eine geistige und praktische Unfruchtbarkeit, das war in den letzten Jahren immer das Gesamtergebnis der verschiedenen Tagungen. Und doch war nie die Zeit so tiefersinnig und problemreich wie jetzt. Gegenwärtig gibt es für das deutsche Volk nur ein wirklich positives Ziel, und das ist die Herbeiführung des Weltfriedens. Alle anderen Groß- und Kleinfragen der Sozialpolitik treten an Bedeutung hinter dieses zurück. Daß der Reichstag in dieser Beziehung kein erlösendes Wort sprach, sondern weiter in seiner unerlösenden Passivität verharrt, war

für jeden, der sich im Zeitalter der ideellen Verfahrenheit eine gewisse politische Kühle bewahrt hat, nicht schwer vorauszu sehen. Manchmal hatte es zwar den Anschein, als wollten unsere „Sozialdemokraten“ nun endlich zu entschiedener Opposition übergehen, aber nach vielen Wem und Aber hielt man es doch für tapferer, an dem bewährten Brauch der Bethmann-Politik festzuhalten.

Wir wollen hier keinen detaillierenden Rückblick auf die einzelnen parlamentarischen Vorkommnisse geben. Die letzten drei Sitzungen zeigen so deutlich seine politische Ohnmacht, daß wir hier nur die wesentlichen Vorgänge hervorzuheben brauchen.

Das entsprechende Leitmotiv zu der am letzten Tage erfolgten Kanzlererklärung gab der stellvertretende Ministerpräsident Helfferich, der wiederum seinen Schwarm für die griechische Antike nicht unterdrücken konnte. Als ihn der Genosse Bernstein zu einer entschiedenen Betonung der Friedensbereitschaft seiner Regierung aufforderte, antwortete er mit Pathos: „Lieber wollen wir zugrunde gehen, als einen Frieden schließen, der zur Unehre Deutschlands gereicht.“ Nun ist hier nicht der Ort, um ethisch-ästhetische Betrachtungen über den Sinn der vaterländischen Ehre oder Unehre anzustellen. Wir können nur aus der geschichtlichen Erfahrung der plausiblen Tatsachen gedenken, daß das „Zugrundegehen“ in den bisherigen weltgeschichtlichen Situationen niemals alle Volksgenossen gleichmäßig betraf, sondern daß immer die sozial schwächeren der physischen Vernichtung anheimfielen. Denn letzten Endes bleibt doch immer jemand übrig, der nach dem Zugrundegehen — gemeint ist wohl das politische — noch eine Abmachung oder Unterwerfung mit dem Feinde treffen muß, und das sind dann gewöhnlich diejenigen, die am meisten mit dieser Sittlichkeit prunkten.

Aus dieser verschwommenen Äußerung Helfferichs konnte man aber mit ziemlicher Sicherheit die am andern Tage zu erwartende Erklärung des Reichskanzlers auf die konservative und sozialdemokratische Kriegs- und Friedensziel-Interpellation vorausfolgern. Und in der Tat, die Zweideutigkeit des Kanzlers wurde insofern etwas deutlicher, als dieser zu erkennen gab, daß er in Fragen der Kriegsziele nicht mit Scheidemann übereinstimme. Daß diese Sozialdemokraten keine Konsequenzen zogen, wußten wir. Auch hat es uns gar nicht verwundert, als David, der kluge Macher der Augustpolitik aber unfähige Politiker großen Stiles, unbekümmert mit der ihm eigenen Sophistik erklärte: Wer aus den „außerordentlich wertvollen Momenten“ der Reichskanzlerrede